

Wahlprüfsteine Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Antworten DIE aNDERE

Worin sehen Sie die wichtigste Herausforderung bei der Erfüllung der Klimaschutzziele der Stadt Potsdam?

Mit den städtischen Betrieben (Stadtwerke; ProPotsdam) hat die Stadt die strukturellen Voraussetzungen für aktiven Klimaschutz im Bereich der Energiebereitstellung und des -verbrauchs. Politisch muss sich die Landeshauptstadt stärker gegen die Braunkohle- und klimaschädlichen Interessen der Landes- und Bundespolitik positionieren, um so den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung in der Stadt auch wirtschaftlich umsetzen zu können. Gleiches gilt für die mietenneutrale Gebäudedämmung. Im Verkehrsbereich sind die Maßnahmen vorzuziehen, die zu einer echten Minderung des Individualverkehrs und der Emissionen (und nicht nur zu deren Verlagerung) führen.

Stimmen Sie mit unserer Forderung überein, die Baumschutzverordnung der Stadt nicht zu verändern?

DIE aNDERE sieht keinen Bedarf zur Änderung der fortschrittlichen Potsdamer Baumschutzverordnung. Allerdings sperren wir uns nicht völlig gegen den Abbau unnötiger Bürokratie. Wir erkennen an, dass es bei der Umsetzung der Baumschutzverordnung Probleme gibt (lange Bearbeitungszeiten von Baumfällanträgen). Allerdings möchten wir diese nicht durch eine Absenkung naturschutzrechtlicher Standards, sondern durch mehr Personalstellen für den Baumschutz beheben. Privilegierungen einzelner Interessengruppen im Verordnungsentwurf lehnen wir ab.

Nachdem fast alle Maßnahmen die Feinstaubbelastung unter dem vorgeschriebenen Grenzwert zu halten, gescheitert sind, unterstützen Sie unsere Forderung nach einem generellen Tempolimit von 30 km/h im Potsdamer Stadtgebiet?

Ein Ausbau des ÖPNV (ggf. mit Einführung eines ÖPNV-Nulltarifs) und die Einführung ausgedehnter Tempo 30-Zonen im Stadtgebiet sind geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität und des Klimaschutzes in Potsdam. Die Verkehrsinfrastruktur ist darauf auszulegen, dass der ÖPNV und der Radverkehr Vorrang erhalten. Der Ausbau eines attraktiven P+R-Angebots ist ebenfalls notwendig.

Sind Sie für die Einführung der Biotonne?

Prinzipiell ist die Einführung einer Biotonne zur getrennten Erfassung und Verwertung von Bioabfällen im Stadtgebiet richtig. Dies führt u.a. zur Senkung der Restmüllmengen und zu einer effektiveren Verwertung dieser Abfälle. Bei der Einführung einer neuen Tonne kommt es für die Bürger*innen auf die Rahmenbedingungen an, zu denen ein solches Vorhaben umgesetzt werden soll. Ausnahmen zur Gemeinschafts- oder Eigenkompostierung müssen beispielsweise im ländlich geprägten Raum des Gemeindegebietes, oder in Kleingartenanlagen möglich bleiben.